

# AKTIV.IST.IN



FRAUENRECHTE SIND MENSCHENRECHTE

NETZWERK FRAUENRECHTE

AMNESTY-INFO 4/2016



JESIDISCHE FRAUEN  
**NACH IS-TERROR  
WIEDER BEDROHT**

SEITE **13**

**3** TÜRKEI

EREN KESKIN, KURDISCHE  
KÄMPFERIN FÜR GERECHTIG-  
KEIT IN GEFahr

**8** WELTWEIT

GESCHLECHTSSPEZIFISCHE  
GEWALT GEGEN FRAUEN AUF  
DER FLUCHT

**15** SIERRA LEONE

SCHULVERBOT RAUBT  
SCHWANGEREN MÄDCHEN  
JEDE CHANCE AUF BILDUNG





<http://frauenrechte.amnesty.at>

E-MAIL

[frauenrechte@amnesty.at](mailto:frauenrechte@amnesty.at)

FACEBOOK

[amnestynetzwerkfrauenrechte](#)

TWITTER

AIFrauenrechte

SPENDENKONTO

BIC: GIBAATWWXXX

IBAN: AT142011100000316326

lautend auf

AMNESTY INTERNATIONAL  
ÖSTERREICH

Verwendungszweck

NETZWERK FRAUENRECHTE

*Spenden an Amnesty sind  
steuerlich absetzbar*

## Liebe Unterstützer\*innen!

Der jährliche Briefmarathon ist für viele Amnesty-Aktivist\*innen eine Zeit besonderen Einsatzes. Wie funktioniert er?

Menschen in über 200 Ländern nehmen an verschiedenen Aktivitäten teil, bei denen Unterstützer\*innen gemeinsam Millionen von Briefen, E-Mails, Postkarten, Tweets und Petitionen schreiben - zugunsten von Menschen in Gefahr. Dadurch üben sie Druck auf die Entscheidungsträger\*innen aus und geben den Betroffenen und deren Familien ein Zeichen der Solidarität und Anerkennung. So bewirken sie viele positive Veränderungen. Heuer hat der bekannte chinesische Künstler und Amnesty-Menschenrechtspreisträger Ai Weiwei die Bilder für die Fälle des Briefmarathons gestaltet. Auch das Netzwerk Frauenrechte macht natürlich mit. Sie finden in dieser Ausgabe der AKTIV.IST.IN die Frauenfälle des Briefmarathons 2016: Die kurdische Anwältin Eren Keskin, die - seit Jahrzehnten schikaniert - durch die aktuellen massiven Einschränkungen der Meinungsfreiheit in der Türkei besonders gefährdet ist. Die peruanische Kleinbäuerin Máxima Acuña, die sich mutig für ihre Landrechte mit einem mächtigen Berg-

baukonzern anlegt. Die zu lebenslanger Haft verurteilte kurdische Aktivistin Zeynab Jalalian, die schwer erkrankt ist. Für alle drei Frauen setzt sich Amnesty seit Jahren ein.

Ein Schwerpunkt für uns, das NW Frauenrechte, sind um diese Jahreszeit natürlich besonders die „16 Tage gegen Gewalt an Frauen und Mädchen“, die internationale Kampagne, die jedes Jahr vom 25. November bis 10. Dezember stattfindet. Vom Tag gegen Gewalt an Frauen bis zum Tag der Menschenrechte.

Amnesty thematisiert heuer naheliegenderweise geschlechtsspezifische Gewalt gegen Flüchtlingsfrauen. An allen Brennpunkten der Welt, auf der Flucht, in den Flüchtlingslagern sind sie Gewalt und Ausbeutung ausgesetzt. Amnesty sprach mit Frauen im Libanon, in Mexiko, Libyen und Griechenland. Ihre Geschichten machen traurig und zornig. Besonders erschreckend ist das Schicksal der jesidischen Frauen aus dem Nordirak, die unermessliche Gräueltaten durch die IS-Kämpfer erlitten. Die wenigen, die entkommen konnten, sind in den Flüchtlingslagern erneut von Gewalt bedroht.

Helfen Sie bitte wieder mit. Schicken Sie die Appellbriefe ab. Vielen Dank!

**IHR AMNESTY-NETZWERK FRAUENRECHTE**

## BRIEFMARATHON 2016. DER GRÖSSTE MENSCHENRECHTSEVENT DER WELT



Mehr Information über den Briefmarathon in Österreich:  
[briefmarathon.at](http://briefmarathon.at)  
Alle Fälle 2016:  
[regionwien.amnesty.at](http://regionwien.amnesty.at)

Mehr als 21.000 Menschen haben sich in Österreich am Briefmarathon 2015 beteiligt und dabei über 46.100 Appelle verschickt. Über 170 Schulklassen und mehr als 3.400 Schüler\*innen beteiligten sich am Briefmarathon 2015. Weltweit wurden sogar mehr als 3,7 Millionen Briefe verschickt! Setzen auch Sie sich für Menschen in Gefahr ein!

**DIE ERFOLGE 2015. Phyo Phyo Aung** organisierte in Myanmar einen friedlichen Protestmarsch von Studierenden. Deshalb musste sie mit einer Gefängnisstrafe von mehr als neun Jahren rechnen. Phyo Phyo Aung wurde im April 2016 nach einem Jahr aus dem Gefängnis entlassen. Sie be-

dankte sich so: „Eure Briefe sind nicht bloß Briefe, sie sind auch große Geschenke und große Kraftspender für die Student\*innen und für die Zukunft von Burma.“



**Yves Makwambala und Fred Bauma** (Demokratische Republik Kongo) gehören zu einer Jugendbewegung, die sich für mehr Demokratie stark macht. Im März 2015 wurden sie aufgrund ihres Einsatzes inhaftiert. Es drohte ihnen die Todesstrafe. Nach 17 Monaten in Haft wurden die beiden am 29. August 2016 aus dem Gefängnis entlassen.

TÜRKEI

# EREN KESKIN: UNERMÜDLICHE KÄMPFERIN FÜR GERECHTIGKEIT



**Die türkisch-kurdische Anwältin und Menschenrechtlerin kritisiert seit Jahrzehnten den türkischen Staat und sein Rechtssystem. Sie setzt sich besonders für die Menschenrechte des kurdischen Volkes und der Frauen ein.**

Eren Keskin ist eine mutige und hartnäckige Frau. Seit Jahrzehnten ist die engagierte Anwältin und ehemalige Zeitungsherausgeberin eine kritische Stimme in der Türkei. Sie setzt sich insbesondere für Minderheiten und gegen sexuelle Gewalt an Frauen ein. 2014 wurde sie wegen „Herabwürdigung des türkischen Staates“ verurteilt, weil sie die Ermordung eines 12-jährigen Buben durch die Armee angeprangert hatte. Seit damals ist sie wegen regierungskritischer Zeitungsartikel unzählige Male festgenommen und vor Gericht gezerzt worden. Die Regierung möchte Eren hinter Gitter bringen, weil sie sich für Gerechtigkeit einsetzt. Erens einziges Verbrechen ist es, Menschenrechtsverletzungen aufzuzeigen und gegen Ungerechtigkeit aufzustehen.

*„Seit meinem Jurastudium habe ich mich ganz auf die Menschenrechte konzentriert. Meine Arbeit ist meine Lebenseinstellung, eine Lebensweise, meine Aufgabe. Dies ist mein Weg – für mich der einzig mögliche. Daher lasse ich mich trotz aller Bedrohungen und Widrigkeiten auch nicht von diesem Weg abbringen.“*

**SEIT JAHRZEHNEN EINE KRITISCHE STIMME.** Die praktizierende Anwältin lebt in Istanbul und ist seit 1986 Mitglied im Menschenrechtsverein IHD und war mehrere Jahre Leiterin von dessen Istanbul-Sektion. 1997 gründete sie ein Rechtshilfeprojekt für vergewaltigte Mädchen und Frauen. Ihr Engagement brachte ihr vorübergehend ein Berufsverbot und mehrere Morddrohungen ein. Zeitweise waren mehr als 80 Strafverfahren gegen sie



© Ai Weiwei

anhängig. Keskin erhielt 2001 den Menschenrechtspreis der deutschen Amnesty-Sektion. Amnesty setzt sich seit langem für ihre Sicherheit ein.

Jetzt ist es Zeit zu handeln. Denn die türkischen Behörden gehen immer härter gegen Menschenrechtsverteidiger\*innen vor. Eren ist in Gefahr, jederzeit verhaftet zu werden und aufgrund der vielen anhängigen Verfahren für längere Zeit hinter Gitter zu kommen.

Fordern Sie den türkischen Justizminister auf, Gesetze aufzuheben, die das Recht auf Meinungsfreiheit unterdrücken!

Eren darf nicht eingesperrt werden, nur weil sie sich für Gerechtigkeit stark macht.

## WERDEN SIE AKTIV!

Senden Sie den Appellbrief an den türkischen Innenminister bitte noch im Dezember ab.

## ZEIGEN SIE SOLIDARITÄT!

Schreiben Sie Eren aufbauende Worte und zeigen Sie ihr, dass Sie sich für ihr Recht auf Meinungsfreiheit in der Türkei einsetzen. Bitte senden an Amnesty International Österreich  
c/o Eren Keskin  
Moeringgasse 10  
1150 Wien

PERU

# MÁXIMA ACUÑA: KLEINBÄUERIN GEGEN BERGBAUKONZERN



**In einem Rechtsstreit um Land legte sich die Bäuerin mit einem mächtigen Bergbaukonzern an und wird dafür angegriffen, eingeschüchtert und bedroht.**



Acuña: Sie schlugen die Frau und ihre Kinder, beschädigten ihr Haus und zerstörten einen Anbau, mit dem Vorwurf, die Rechtslage sei nicht geklärt.

Máxima Acuña wurde wiederholt von Sicherheitskräften angegriffen; im September 2016 musste sie wegen der dabei erlittenen Verletzungen stationär in einem Spital behandelt werden. Mehr als einmal wurden auch die Feldfrüchte, welche die Familie für den Eigenbedarf anbaut, zerstört.

Máxima Acuña wurde 2016 mit dem Goldman-Preis, dem weltweit wichtigsten Umweltpreis, ausgezeichnet.

Amnesty International unterstützt Máxima Acuña seit Jahren in ihrem Kampf um Gerechtigkeit.

## ZEIGEN SIE SOLIDARITÄT!

Senden Sie Solidaritätsgrüße auf Spanisch, Englisch oder Deutsch. Amnesty Peru sammelt die Schreiben und wird diese Máxima übergeben:

Sra. Máxima Acuña  
c/o Amnistía Internacional Perú  
Calle Manuel A. Fuentes N° 894  
San Isidro, Lima 27  
Perú  
E-Mail: [amnistia@amnistia.org.pe](mailto:amnistia@amnistia.org.pe)

### Textvorschlag

Spanish:

Sra. Máxima,  
Usted no está sola. Desde Austria yo apoyo su lucha para proteger a su familia y defender los derechos humanos.

En solidaridad,

English:

Sra. Máxima,  
You are not alone. From [ country ] I support your struggle to protect your family and defend human rights.

In solidarity,

© Ai Weiwei

## WERDEN SIE AKTIV!

**Senden Sie den Appellbrief an den peruanischen Innenminister bitte noch im Dezember ab.**

Die 45-jährige Kleinbäuerin Máxima Acuña de Chaupe aus dem nordperuanischen Cajamarca weigert sich, ihr Land an das Bergbauunternehmen Yanacocha zu verkaufen. Yanacocha, einer der größten Gold- und Kupferminen der Welt, strengte gegen Máxima Acuña mehrere Gerichtsverfahren an. Kurz vor Weihnachten 2014 entschied das Gericht in Cajamarca gegen das Unternehmen und gab Máxima Acuña Recht.

**ANGRIFFE VON SICHERHEITSKRÄFTEN.** Die Freude war allerdings von kurzer Dauer. Am 3. Februar 2015 betraten Sicherheitskräfte von Yanacocha und der peruanischen Spezialeinheit DINOES das Gelände der Familie

## IRAN

# ZEYNAB JALALIAN DROHT DIE ERBLINDUNG IN DER HAFT

**Ursprünglich zum Tode verurteilt, jetzt lebenslänglich in Haft, ist die kurdische Aktivistin schwer krank. Die Behörden verweigern ihr die notwendigen Behandlungen.**

Zeynab Jalalian verbüßt derzeit eine lebenslange Haftstrafe, zu der sie nach einem grob unfairen Verfahren verurteilt wurde. Sie gehört der kurdischen Minderheit im Iran an. Die Behörden verweigern ihr noch immer die fachärztliche Behandlung, die sie aufgrund einer sich verschlimmernden Augenerkrankung dringend benötigt. Sie läuft Gefahr, ihr Augenlicht zu verlieren.

Sie leidet zudem an einer Pilzinfektion im Mund, an einer Entzündung des Darms und der Nieren sowie an Uterusblutungen. Die Behörden verweigern ihr den Zugang zu einem Augenspezialisten und die Verlegung in ein Krankenhaus für eine dringend benötigte Operation.

Zeynab Jalalian hat wiederholt Anträge auf eine Haftentlassung aus medizinischen Gründen gestellt, die jedoch stets angelehnt werden.

**SEIT ACHT JAHREN IM GEFÄNGNIS.** Zeynab Jalalian verbüßt eine lebenslange Haftstrafe im Gefängnis von Choy in der Provinz West-Aserbaidschan im Nordwesten des Iran. Sie wurde im März 2008 wegen ihres sozialen und politischen Einsatzes für die Selbstbestimmung von Kurd\*innen und ihrer Verbindungen zum politischen Flügel der „Partei für ein freies Leben in Kurdistan“ (Partiya Jiyana Azad a Kurdistanê – PJAK) festgenommen. Bei der PJAK handelt es sich um eine kurdische Oppositionsgruppe, die auch einen bewaffneten Flügel hat. Sie wurde acht Monate lang in Einzelhaft und ohne Zugang zu einem Rechtsbeistand festgehalten. Ihren Angaben zufolge wurde sie während dieser Zeit von Angehörigen des Geheimdienstministeriums gefoltert. Unter anderem soll man ihr Stockschläge gegen die Unterseiten ihre Füße und Schläge in den Bauchbereich versetzt, ihren Kopf gegen eine Wand geschlagen und ihr



© Ai Weiwei

mit Vergewaltigung gedroht haben. In ihrem Gerichtsverfahren, das nur wenige Minuten dauerte und grob unfair war, wurde sie wegen „Feindschaft zu Gott“ (moharebeh) zum Tode verurteilt. Das Revolutionsgericht von Kermanshah befand sie für schuldig, „Waffen gegen den Staat erhoben“ zu haben, obwohl es keinerlei Beweise für eine Verbindung zu bewaffneten Aktivitäten der PJAK gab. Später wurde ihre Todesstrafe in eine lebenslange Haftstrafe umgewandelt. Im April 2016 forderte die UN-Arbeitsgruppe für willkürliche Inhaftierungen die Behörden auf, Zeynab Jalalian sofort freizulassen und ihr ein einklagbares Recht auf Entschädigung zu gewähren.

**WERDEN SIE AKTIV!**

**Senden Sie den Appellbrief**

IRAN

# KAMPAGNE FÜR DIE FREILASSUNG VON NARGES MOHAMMADI



Friedensnobelpreisträgerin Shirin Ebadi setzt sich für die Freilassung von Narges Mohammadi ein.

**WENN SIE MITMACHEN WOLLEN,** machen Sie ein Foto, auf dem Sie auf die ausgestreckte Handinnenfläche „Free Narges!“ schreiben. Posten Sie das Foto auf: [facebook.com/ICFreeNarges](https://www.facebook.com/ICFreeNarges) oder schicken Sie es an [iranteam@amnesty.org](mailto:iranteam@amnesty.org)

Amnesty International unterstützt die erneute weltweite Kampagne, die von Mitgliedern der iranischen Menschenrechtsgesellschaft am

## GUTE NACHRICHT: HOMA HOODFAR IST FREI

Dr. Homa Hoodfar, eine bekannte Anthropologie-Professorin, wurde am 26. September 2016 aus der Haft im Iran entlassen und in den Oman geflogen. Sie verfügt über die kanadische, iranische und irische Staatsbürgerschaft. Seit ihrer willkürlichen Festnahme am 6. Juni wurde sie im Evin-Gefängnis in Teheran in Einzelhaft gehalten.

Die 65-jährige war eine gewaltlose politische Gefangene, für deren Freilassung sich Amnesty International seit ihrer Festnahme am 6. Juni 2016 eingesetzt hatte. Am 28. September sagte der Sprecher der Justiz Gholamhossein Mohseni Eje'i gegenüber Journalist\*innen, dass Dr. Homa Hoodfar aus dem Gefängnis entlassen worden sei, nachdem sie eine Kaution in Höhe von fünf Milliarden Iranischen Rial (etwa 148.000 Euro) gezahlt habe. Dr. Homa Hoodfar ist bekannt für ihre akade-

20. Oktober initiiert wurde. Diese Kampagne ist Teil gezielter Bemühungen, die Aufmerksamkeit auf die Lage der bekannten iranischen Menschenrechtlerin und politischen Gefangenen Narges Mohammadi zu lenken und ihre unverzügliche und bedingungslose Freilassung zu fordern.

Wegen ihres friedlichen Eintretens für die Menschenrechte wurde sie zu 16 Jahren Haft verurteilt. Kürzlich wurde das Urteil vom Berufungsgericht bestätigt. Darüber hinaus verbüßt sie schon eine Freiheitsstrafe von 6 Jahren im Teheraner Evin Gefängnis wegen ihres Eintretens für die Menschenrechte. Narges Mohammadi ist schwer erkrankt. Sie leidet u.a. an einer neurologischen Erkrankung und benötigt täglich medikamentöse und sonstige medizinische Behandlung, die im Gefängnis nicht verfügbar ist. Die lange Haftstrafe bedeutet für sie, dass sie viele Jahre von ihrer Familie getrennt ist, vor allem von ihren zwei kleinen Kindern.



mische Arbeit zu den Themen Frauenrechte, Entwicklung und Wahlkampfpolitik. Sie war am 11. Februar 2016 in den Iran gereist, um ihre Familie zu besuchen und historische Forschungen über die Beteiligung von Frauen an den Wahlen im Iran seit 1906 durchzuführen.

## AUF DER FLUCHT

## „ICH RETTETE MEINE FAMILIE AN EINEM GRIECHISCHEN STRAND“

Ich flüchtete aus Syrien lange bevor der Bürgerkrieg 2011 ausbrach.

Wegen meiner journalistischen Tätigkeit und meinem Einsatz für die Menschenrechte wurde ich vier Jahre lang eingesperrt und gefoltert, was mich dazu bewog, 1999 nach Großbritannien zu fliehen.

Damals konnte ich nicht ahnen, dass ich 15 Jahre später meine eigene Familie bei ihrer Ankunft in einem kleinen Schlauchboot auf der Insel Lesbos retten würde.

Gerne möchte ich Ihnen die Geschichte meiner Familie näher erzählen:

Mein Bruder Safi besaß bis letztes Jahr einen Handyshop in Syrien. Eines Tages wurde sein Laden plötzlich beschossen. Mein Neffe Mazin musste der militärischen Zwangsrekrutierung entkommen. Schließlich verließ meine gesamte Familie Syrien und flüchtete über den Libanon in die Türkei.

Kurz darauf erreichte mich die Nachricht, dass sie jemanden bezahlt hatten, um nach Lesbos zu kommen. Ich bat sie, nicht in der Nacht zu gehen, da die Wahrscheinlichkeit zu ertrinken dann viel größer ist. Außerdem sagte ich ihnen, sie müssten unbedingt einen Regenmantel tragen und ihre Schuhe in Plastiksäcke wickeln. Ich warnte sie, dass die meisten Schwimmwesten nur Attrappen sind.

Außerdem riet ich ihnen: „Versucht nicht zu schreien, denn das macht den Kindern Angst!“ Als ich ihr Boot ankommen sah, eilte ich den Hügel, auf dem ich wartete, hinunter. Ich konnte nur meinen Bruder Safi erkennen. Meine Schwägerin Nina weinte. Sie fürchtete, dass sie ihr Kind verloren hatte, da sie schwanger war und die Menschen auf der Überfahrt aus Panik auf ihren Bauch schlugen. Ich nahm so viele Kinder auf den Arm, wie ich nur tragen konnte. Auch meine dreijährige Nichte Sirin war dabei, aber das merkte ich erst später.

Wir versuchten, meine Familie im Auffanglager Moria zu registrieren. Es war aber zu viel los – Menschen schliefen im Freien und es war unglaublich kalt. Ich musste irgendwo



*„Versucht nicht zu schreien, denn das macht den Kindern Angst!“*

eine Bleibe für meine Familie finden – Flüchtlingen war es jedoch nicht erlaubt, in einem Hotel zu nächtigen oder mit einem Taxi zu fahren.

**SCHRECKLICHE BEDINGUNGEN.** Meine Familie kann sich trotz alledem glücklich schätzen. Ich war da, um sie zu empfangen. Sie haben in Deutschland einen sicheren Platz zum Leben gefunden. Sie machen jetzt einen Sprachkurs und warten auf einen Kindergartenplatz für Sirin.

Die Situation in Griechenland hat sich jedoch seit der Ankunft meiner Familie drastisch verschlechtert. Im März wurde die Unterbringungsstätte in Moria zu einem geschlossenen Haftzentrum umfunktioniert. Der Grund dafür ist ein Abkommen zwischen der EU und der Türkei, durch welches Flüchtlinge in die Türkei abgeschoben werden können. Aber auch auf dem griechischen Festland sitzen Menschen unter schrecklichen Bedingungen fest und erhalten so gut wie keine Unterstützung. Als ich als freiwilliger Helfer in Athen war, sah ich drei Tage alte Babys, die aus dem Krankenhaus in die Flüchtlingslager zurückgeschickt wurden und in Zelten bei entsetzlicher Hitze leben mussten. Die Situation für Flüchtlinge in Griechenland scheint hoffnungslos zu sein.



**Ghas Aljundi, ehemaliger syrischer Flüchtling und Menschenrechtsberater berichtete bei der Amnesty-Tagung Anfang November von seinen erschütternden Erfahrungen als freiwilliger Helfer auf Lesbos.**

16 TAGE GEGEN GEWALT AN FRAUEN

# FLÜCHTLINGSFRAUEN - IMMER IN GEFAHR

Sie fliehen vor Krieg, Verfolgung und Gewalt. Auf der Flucht droht ihnen neuerlich Gewalt durch Schlepper, männliche Flüchtlinge und Sicherheitskräfte in den Lagern. Flüchtlingsfrauen im Libanon, in Libyen, Mexiko und Griechenland erzählten Amnesty ihre Geschichten.

**LIBANON.** Bei 20 Prozent der Flüchtlingsfamilien, die im Libanon leben, sorgen allein die Frauen für den Lebensunterhalt, weil ihre Männer in Syrien entweder getötet, verhaftet, entführt oder an einen unbekanntem Ort verschleppt wurden. Ihnen drohen sexuelle Übergriffe und Ausbeutung.



Alle Illustrationen: © Asia Alfasi/PositiveNegatives/Amnesty International

Über vier Millionen Menschen flüchteten seit 2011 aus Syrien, eine Million davon in den Libanon. Etwa 25 Prozent der Bevölkerung im Libanon sind Flüchtlinge aus Syrien. Der Anteil der Flüchtlinge an der Gesamtbevölkerung ist der höchste weltweit. Nachdem die internationale Gemeinschaft zu wenig Mittel zur Verfügung stellte, war die UNO gezwungen, die Unterstützung für die Flüchtlinge zu reduzieren. Deren Lebensstandard liegt nun weit unter der Armutsgrenze des Libanon. Darüber hinaus führte die Regierung neue, ungerechtfertigte Kriterien und hohe Gebühren für die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnisse ein. Dadurch verfügen weniger Flüchtlinge über gültige Aufenthaltstitel. Das führt dazu, dass sich die Flüchtlinge nicht mehr so frei bewe-

gen können. Weiters kam es zu einem Anstieg von Festnahmen. Das Risiko der Ausbeutung bei der Arbeit ist gestiegen. Auch Belästigungen und (sexuelle) Gewalt gegenüber Frauen bis hin zum Frauenhandel nahmen zu.

Hinzu kommen negative Äußerungen aus der Politik zur Gefährdung der Sicherheit durch die Flüchtlinge und dem Verbrauch öffentlicher Ressourcen zu deren Unterstützung. Für Frauen besteht in der Öffentlichkeit, am Arbeitsplatz und daheim das Risiko der Gewalt. Sie bekommen kaum oder keinen Schutz oder Zugang zur Justiz. Besonders betroffen sind Frauen, die Familienoberhäupter sind, also Frauen ohne Ehemann oder männlichen Verwandten im Libanon.

**DIE GESCHICHTE VON MARYAM\*.** Maryam ist eine syrische Frau aus Homs, die 2013 in den Libanon kam, wo sie nun mit ihrer Familie lebt. Sie berichtete über ihre Situation als Frau im Libanon.

Einer meiner Verwandten starb im August. Die Polizei nahm die Aussage von mir und meiner Schwester zu Protokoll, wobei wir auch Name, Adresse und Telefonnummer angaben. Nach einiger Zeit kamen die Polizisten zu uns und forderten uns auf, mit ihnen auszugehen. Es waren dieselben Polizisten. Nachdem wir keine gültigen Aufenthaltstitel besaßen, drohte uns die Polizei mit Festnahme, wenn wir nicht zustimmen. Das zog sich über zwei Monate hin. Dann wollte unser Vermieter sein Haus zurück und wir übersiedelten. Wir änderten die Telefonnummer und gaben der Polizei unsere neue Adresse nicht bekannt. Jetzt traue ich mich nicht mehr, zur Polizei zu gehen. Selbst wenn ich gehen würde, würde mir die Polizei nicht helfen.

Ein anderes Mal ging ich durch eine Seitenstraße, wo wenige Autos fuhren. Ein Wagen blieb stehen und der Fahrer bot mir an, mich an mein Ziel zu bringen. Ich stieg hin-

\* Alle Namen sind Pseudonyme

ten ein. Der Mann bot mir Geld an, er würde mit mir zu einem sehr schönen Haus fahren und alles wieder gut machen, was ich verloren hätte. Ich sollte mich zu ihm vor ins Auto setzen. Ich versuchte, nicht panisch zu wirken und wartete, bis wir in eine belebtere Gegend kamen. Ich sagte, ich würde mich zu ihm vor setzen. Als ich ausstieg, rief ich Bekannte an, um mich abzuholen. Der Autofahrer wollte meine Nummer, ich gab ihm eine falsche.

Belästigungen von Flüchtlingsfrauen – verheiratet und unverheiratet – sind ein großes Problem im Libanon. Ich werde ständig belästigt. Deswegen haben wir Angst um unsere Kinder. Ich habe eine 16-jährige Tochter und sogar Angst davor, sie zum nächstgelegenen Geschäft zu schicken. Darunter leiden alle Syrerinnen.

**LIBYEN. Schmuggelrouten durch Libyen stellen ein akutes Sicherheitsrisiko für Frauen auf der Flucht dar, die Gefahr laufen, entführt oder vergewaltigt zu werden, anderer geschlechtsbezogener Gewalt oder dem Menschenhandel zum Opfer zu fallen.**

Auf solchen Routen sind Frauen auf der Flucht und Migrantinnen in so großer Gefahr, Opfer von sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt zu werden, dass viele von ihnen sich dazu entschließen vor der Reise Verhütungsmaßnahmen zu treffen, um im Falle einer Vergewaltigung nicht schwanger zu werden.

Frauen werden entweder von den Schmugglern selbst, von Schleppern oder von Mitgliedern bewaffneter Gruppen sexuell angegriffen.

Attacken finden entlang der Schmuggelrouten statt, während die Frauen in privaten Häusern festgehalten werden oder während sie in verlassenen Lagerhallen nahe der Küste darauf warten, ein Boot nach Europa besteigen zu können.

Migrantinnen und Frauen auf der Flucht in



Immigrationsgefangenenlagern, die in der Verantwortung des Innenministeriums liegen, berichten von sexueller Belästigung und sexueller Gewalt, wie auch von anderen Formen der Folter und anderer grober Misshandlung. In keinem der Lager gibt es weibliche Wachen, was das Risiko sexueller Übergriffe erhöht.

Durch den Aufstieg mächtiger bewaffneter Gruppen in den letzten Jahren, davon einige, die sich zu den Kämpfern des „Islamischen Staats (IS)“ bekennen, erhöhte sich die Gefahr für Flüchtlinge – besonders für Christ\*innen-, Opfer von Missbrauch und Kriegsverbrechen zu werden.

Besonders nicht muslimische Frauen auf der Flucht und Migrantinnen, die vom „IS“ entführt werden, stehen unter großem Druck, zum Islam zu konvertieren und sind in Gefahr Opfer von Gewalt, Vergewaltigung und Sexsklaverei zu werden.

Trotz der andauernden Kämpfe in Teilen Libyens reisen hunderttausende Flüchtlinge und Migrant\*innen – hauptsächlich aus Afrika südlich der Sahara – nach Libyen, auf der Flucht vor Krieg, Verfolgung oder extremer Armut, oft in der Hoffnung, sich in Europa niederlassen zu können.

Inmitten der Gesetzlosigkeit und Gewalt, die das Land plagt, hat sich entlang der Routen, die vom Süden Libyens zur mediterranen Küste im Norden verlaufen, wo Boote nach Europa abfahren, ein lukratives Menschenhandelsgeschäft entwickelt.

Tausende sind beim Versuch nach Europa zu

## 16 TAGE GEGEN GEWALT AN FRAUEN. FLÜCHTLINGSFRAUEN - IMMER IN GEFAHR



### 16 TAGE GEGEN GEWALT AN FRAUEN

ist eine internationale Kampagne, die jedes Jahr von 25. November bis 10. Dezember stattfindet. Der 25. November erinnert als Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen an die Ermordung der Schwestern Mirabal. Patria, Minerva und Maria Teresa Mirabal wurden an diesem Tag im Jahr 1960 nach monatelanger Verfolgung und Folter vom dominikanischen Geheimdienst ermordet. Der 10. Dezember ist der Internationale Tag der Menschenrechte. Seit 1999 ist der Internationale Tag gegen Gewalt an Frauen von den Vereinten Nationen anerkannt. Amnesty macht heuer auf geschlechtsspezifische Gewalt gegen Flüchtlingsfrauen aufmerksam.

gelangen gestorben. Eine Umfrage der Internationalen Organisation für Migration (IOM) ergab, dass 71 Prozent der Migrant\*innen, die die zentrale mediterrane Route zwischen Nordafrika und Europa nehmen, Ausbeutung und Praktiken, die dem Menschenhandel gleichkommen, erfahren haben.

Die IOM stellte fest, dass die meisten Ausländer\*innen in Libyen aus dem Niger, Ägypten, dem Chad, Ghana und dem Sudan stammen.

Die Mehrzahl derer, die das Land durchqueren und schließlich mit dem Boot nach Italien übersetzen, kommen aus Eritrea, Nigeria, Gambia, Somalia und der Elfenbeinküste.

#### **DIE GESCHICHTE VON ADA\*. Ada ist eine nigerianische Frau aus Eziowelle. Sie kam im Mai 2015 in Libyen an, bevor sie im selben Jahr im Dezember nach Italien ging.**

„In Nigeria ging ich nicht zur Schule. Ich war zehn Jahre alt, als ich meine beiden Eltern verlor und mein Onkel mich nach Port Harcourt brachte. Er schlief ständig mit mir. Ich wurde viermal schwanger und hatte vier Abtreibungen. Mein Onkel wollte nicht, dass ich nach draußen gehe, also musste ich auf dem Gelände bleiben. Er hatte eine Pistole und drohte mir, er würde mich umbringen, wenn ich darüber sprechen würde, was vor sich ging. Jedes Mal wenn er mit mir schlief, gab er mir Geld. Das letzte Mal als er mit mir geschlafen hatte, erzählte ich es einer Frau, die mir sagte, ich solle wegrennen. Ich gab ihr Geld, damit sie mir half zu verschwinden und sie gab mir ein Handy und eine SIM Karte. Sie arrangierte, dass ich und einige andere im April 2015 nach Libyen gehen konnten.

Wir kamen im Mai in Libyen an. Einige Männer entführten uns und brachten uns in ein großes Haus in Sabah. Sie sagten, wir sollten ihnen Geld bringen. Ich sagte ihnen, ich hätte keines.

Sie schliefen jede Nacht mit allen Frauen. Wir wurden in getrennte Räume gebracht.

Sie entführten mehr Leute und eines der Mädchen fragte mich, warum ich immer weinte. Ich sagte ihr, ich könne nicht weggehen und hätte sieben Monate dort verbracht. Sie brachte jemanden dazu, für mich zu zahlen und sagte, ich solle mit ihr nach Italien gehen. Wir wurden in einem Auto an einen anderen Ort transportiert und gingen dann nachts viele Stunden, bis wir endlich am Strand ankamen. Als ich das Meer sah und das Boot, hatte ich Angst. Es war ein aufblasbares Gummiboot und sie schubsten uns und schrien: „Geht hinein, geht hinein!“. Da waren mehr als einhundert von uns in dem Boot und wir fühlten uns sehr unsicher.

Ich kam zwei Tage später in Italien an. Ich weiß nicht einmal, wie wir dort hingelangt sind. Ich weinte, als uns die Italiener retteten. Wir überlebten alle. Als wir am Hafen von Crotona ankamen, sahen wir so viel Polizei und ich hatte Angst. Von dort brachten sie uns in einem Bus zu einem anderen Zentrum, wo ich vier Tage lang blieb. Soldaten kontrollierten, ob niemand entkommen war. Wir verließen den Ort mit dem Bus und kamen ins Anhaltelager nach Bari. An beiden Orten wurde ich nach meinem Namen, Vornamen und meiner Nationalität gefragt, aber mein Kopf war ganz wo anders. Ich konnte mich nicht mal an die Namen meiner Eltern erinnern.

Ich erzählte meine Geschichte und gab meine Fingerabdrücke ab. Jetzt suche ich Schutz. Ich mag, wie ich jetzt lebe, ohne jemanden der mich belästigt, aber ich denke oft an meine Eltern. Ich will in Italien bleiben. Ich will Italienisch lernen. Ich liebe die Italiener\*innen.“

#### **ZENTRALAMERIKA. Frauen und LGBTI-Personen fliehen vor kriegsähnlichen Zuständen in ihren Ländern. Auf der Flucht erleben sie wieder Gewalt. Mexiko bietet ihnen keinen Schutz.**

Offiziellen mexikanischen Aussagen und Berechnungen zufolge überqueren jedes Jahr mehr als 400.000 Migrant\*innen ohne regu-

lären Aufenthaltsstatus die südliche Grenze des Landes. Die große Mehrzahl dieser Personen kommt aus Honduras, El Salvador und Guatemala, zunehmend aufgrund von Gewalt in diesen Ländern. Im Jahr 2015 verzeichnete das mexikanische Innenministerium 198.141 „Migrant\*innen ohne regulären Aufenthaltsstatus“, die von den mexikanischen Migrationsbehörden festgehalten wurden. Im Vergleich zu 2014 ist dies ein Anstieg von über 50 Prozent. Der UN-Hochkommissar für Flüchtlinge (UNHCR) sowie viele zivilgesellschaftliche Organisationen haben dringende Maßnahmen im Zusammenhang mit Personen, die vor Gewalt in Zentralamerika fliehen und internationalen Schutz benötigen, gefordert. Die meisten dieser Personen sind Zentralamerikaner\*innen. 98 Prozent jener Personen, die von mexikanischen Behörden festgehalten worden waren, wurden 2015 in ihr Heimatland zurückgeschickt.

Frauen, Mädchen und LGBTI-Menschen sind geschlechtsspezifischer Gewalt ausgesetzt, sowohl in ihrem Land als auch auf der Flucht. In El Salvador ist die Mordrate an Frauen zwischen 2008 und 2015 um 60 Prozent gestiegen, in Honduras um 37 Prozent. LGBTI-Personen werden wegen ihrer sexuellen Orientierung oder Identität misshandelt, eingeschüchtert und attackiert. Auf Gerechtigkeit brauchen sie nicht zu hoffen. Ihre Anzeigen werden von den Behörden ignoriert. Oft werden sie von den Sicherheitskräften erneut erniedrigt. Transgender Frauen erleben in diesen patriarchalen Gesellschaften besonders oft Gewalt von Banden oder werden erpresst, weil sie auf Grund massiver Diskriminierung besonders wehrlos sind.

**DIE GESCHICHTE VON DIANA\*. Diana, 39, flüchtete wegen der gewalttätigen Banden aus Honduras nach Mexiko und bat um Asyl.**

„Ich verließ Honduras 2004, weil mein Bruder von einer kriminellen Bande getötet wor-



den war. Er saß auf einem Stein vor meinem Haus, als die Bande kam. Sie töteten ihn vor meiner Mutter und mir. Ich machte eine Anzeige und sie wurden verhaftet, landeten aber nicht im Gefängnis und bedrohten mich. Ich fuhr nach Zentralmexiko – auf dem Dach eines Güterzuges in Richtung der Grenze zu den USA. (Diese Züge werden „Bestien“ genannt, weil sie für Migrant\*innen so gefährlich sind.) Ich blieb in Mexiko und wurde 2007 nach einer Vergewaltigung schwanger. Der Vergewaltiger war ein Drogenhändler. Mein Vermieter wollte, dass ich mich an ihn verkaufe. Als ich zu entkommen versuchte, vergewaltigte er mich auch. Ich wandte mich an die mexikanische Immigrationsbehörde und sie schickten mich nach Honduras zurück. Dort brachte ich meinen Sohn zu Welt.

Als ich das Spital verließ, mussten mich meine Freund\*innen in einem Auto verstecken. Ich konnte nicht in meinem Haus bleiben, es war zu gefährlich. Also kam ich bei einer Freundin unter. Das Verfahren gegen die Mörder meines Bruders läuft noch. Sie sind nicht in Haft, wahrscheinlich, weil sie Geld haben. Nach einem Monat musste ich wieder weg, weil ich noch immer bedroht wurde. Meinen Sohn musste ich bei meiner Mutter lassen... Bis 2015 blieb ich in Süd-mexiko und arbeitete in einer Küche. Aber dann kam ein Schlepper, von dem ich annahm, dass er zu der Bande gehörte, die

**DIE THEMEN MENSCHENRECHTE UND FLUCHT LASSEN SIE NICHT UNBERÜHRT?**

Die Projektgruppe Flucht und Migration von Amnesty International in Wien sucht engagierte Mitstreiter\*innen.

Mehr auf [flucht-migration.amnesty.at](http://flucht-migration.amnesty.at)  
Wenn Sie mitarbeiten wollen, schreiben Sie bitte an [flucht-migration@amnesty.at](mailto:flucht-migration@amnesty.at)

## 16 TAGE GEGEN GEWALT AN FRAUEN. FLÜCHTLINGSFRAUEN - IMMER IN GEFAHR

meinen Bruder ermordet hatte, in diese Gegend und ich bekam Angst. Also zog ich weiter in den Norden, wo ich eine Freundin hatte. Man brachte meinen Sohn nach Mexiko, und er lebte bei mir. Dann versuchte ich, noch weiter in den Norden nach Zacatecas zu gehen, aber die mexikanischen Behörden nahmen mich an einem Checkpoint fest. Man brachte mich und meinen Sohn in das



Anhaltelager für Migrant\*innen in Mexiko City. Dort blieben wir sechs Monate. Mein Asylantrag wurde abgelehnt. Ich wollte nicht dagegen berufen, weil wir sonst noch länger im Lager hätten bleiben müssen. Im September wurden wir wieder nach Honduras deportiert, diesmal per Flugzeug.“ Diana wurde weiter bedroht, flüchtete nochmals nach Mexiko, wurde erneut vergewaltigt und stellte wieder einen Asylantrag. Zur Zeit arbeitet sie in einer Fabrik. Ihr Sohn lebt in Honduras.

**DIE GESCHICHTE VON PATRICIA\*.** Patricia ist eine Transgenderfrau aus El Salvador, die nach Mexiko floh,

**weil sie wegen ihrer sexuellen Identität von Banden und der Polizei in ihrer Heimat verfolgt wurde.**

„Ich bin 32 Jahre alt und habe immer hart gearbeitet. Ich verkaufe Limonade. Aber ich konnte nicht in Frieden leben, weil Geschäftsleute wie ich von Banden erpresst werden und ‚Miete‘ zahlen müssen. Auch die Polizei erpresste Geld, belästigte mich und verprügelte mich. Sie sagten, sie könnten mich nicht ausstehen, weil ich so bin, wie ich bin. Ich konnte den Banden nicht soviel bezahlen, wie sie verlangten. Ich wurde ständig bedroht – aus Homophobie, weil ich anders bin. Ich wollte mich an die Polizei wenden, stellte aber fest, dass das dieselben Leute waren, die mich schikanierten. Zweimal ging ich zum Menschenrechts-Ombudsman und beschwerte mich. Aber es kam nichts dabei heraus. Also beschloss ich, das Land zu verlassen. Ich ging allein und ohne zu wissen, was mir zustoßen könnte. Ich machte mich im September letzten Jahres auf den Weg. An der Grenze wurde ich angegriffen und beraubt. In Tapachula ging ich zu COMAR, der mexikanischen Kommission für Flüchtlingshilfe, aber ich erhielt kein Asyl. Sie sagten, es sei, weil ich im Gefängnis war. Das war vor 12 Jahren wegen eines Drogendelikts. Man gab mir 15 Tage, um das Land zu verlassen und ich ging in einen anderen Teil Mexikos. Das war sehr riskant und ich wurde wieder verprügelt und ausgeraubt. Schließlich wurde ich in Tijuana im März 2016 verhaftet und saß zuerst in Oaxaca, dann in Tapachula im Gefängnis. Dort waren die Bedingungen sehr schlecht. Ich bekam schlechteres Essen als die anderen Insass\*innen und wurde schlecht behandelt. Dann deportierte man mich zurück nach El Salvador. Es ist die gleiche Unsicherheit wie früher. Ich fürchte mich vor Angriffen und habe beschlossen, wieder wegzugehen. Auch davor fürchte ich mich, aber ich fühle mich auf der Flucht sicherer als hier. Es ist unmöglich, weiter in diesem Land zu leben. Ich fühle mich immer bedroht.“

## JESIDISCHE FRAUEN

# NACH IS-TERROR IN FLÜCHTLINGSLAGERN ERNEUT BEDROHT

**Ziel der Kämpfer des „Islamischen Staates“ ist es, ethnische und religiöse Minderheiten auszulöschen. Frauen betrachten sie als Kriegstrophäen. Tausende jesidische Frauen und Mädchen sind noch immer in ihrer Gewalt.**

Der Horror, den jesidische Frauen und Mädchen während ihrer Gefangenschaft erleiden mussten, hat fast alle schwer traumatisiert. Geflüchtete Frauen sehen sich in den griechischen Flüchtlingslagern erneuter Gewalt ausgesetzt.

In den frühen Morgenstunden des 3. Augusts 2014 griffen Kämpfer der bewaffneten Gruppe, die sich selbst Islamischer Staat (IS) nennt, die nordirakische Stadt Sinjar an. Die IS-Kämpfer nahmen tausende jesidische Frauen und Kindern gefangen, vergewaltigten sie, behandelten sie wie Kriegstrophäen und verschacherten sie in die Sexsklaverei. (Jesid\*innen sind eine religiöse Minderheit mit mehreren hunderttausend Angehörigen, deren ursprüngliche Hauptsiedlungsgebiete im nördlichen Irak, in Nordsyrien und in der südöstlichen Türkei liegen.)

**VERGEWALTIGUNG ALS KRIEGSWAFFE.** Viele der Mädchen, die als Sex-Sklavinnen gehalten wurden, waren 14 oder 15 Jahre alt, manche waren noch jünger. Die Kämpfer des „Islamischen Staates“ setzen Vergewaltigung als Kriegswaffe ein. Das ist ein Kriegsverbrechen und ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Ziel der Kämpfer des „Islamischen Staates“ war und ist es, ethnische und religiöse Minderheiten auszulöschen. Der Horror, den diese Frauen und Mädchen während ihrer Gefangenschaft erleiden mussten, hat fast alle schwer traumatisiert. Einige haben sich das Leben genommen.

Etwa 3.800 Frauen befinden sich immer noch in Gefangenschaft des IS. Menschenrechtsverteidiger\*innen versuchen seither, die Frauen zu befreien. Tausende Jesidinnen leben als Binnenvertriebene im Irak, viele sind weiter geflohen.

Im Flüchtlingslager Nea Kavala in Griechen-

land waren im Juli 2016 etwa 400 jesidische Frauen, Kinder und Männer unter jämmerlichen Bedingungen gemeinsam mit 2.000 weiteren Flüchtlingen untergebracht. Seit Monaten schlafen sie in Zelten, sind Schmutz, Insekten und im Sommer glühender Hitze ausgesetzt und haben zu wenig Wasser. Kinder haben keine Chance, die Schule zu besuchen.

Nach dem Schrecken des IS und einer lebensgefährlichen Flucht sind die Jesid\*innen Übergriffen im Lager ausgesetzt. Während die Europäische Union weiter säumig ist, Schutzbedürftige aus Griechenland aufzunehmen, müssen viele um ihre Sicherheit fürchten. Jesidische Männer stehen Wache, die Frauen haben einen „Schutzkreis“ organisiert. Sie begleiten sich gegenseitig auf die Toiletten und haben Waschmöglichkeiten neben ihren Zelten gebaut, weil sie nicht wagen, die Duschen aufzusuchen. Die EU und Griechenland müssen tätig werden: die EU muss endlich mehr Flüchtlinge aufnehmen und Griechenland muss die Bedingungen in den Lagern verbessern.



**Im griechischen Lager Nea Kavala.**

© Amnesty International / Richard Burton

## SCHREIBEN SIE EINEN SOLIDARITÄTSGRUSS AN DIE JESIDISCHEN FRAUEN

Textvorschlag: *Ihr seid nicht allein! Wir sind in Gedanken bei euch und bewundern euren Mut. Hoffentlich sind bald alle jesidischen Frauen und Mädchen befreit und in Sicherheit.*

Bitte schicken Sie Ihre Karten an Amnesty International Schweiz. Ihre Botschaft wird an betroffene jesidische Frauen weitergeleitet.

Auf unserer Website [frauenrechte.amnesty.at](http://frauenrechte.amnesty.at) können Sie auch online Ihre Solidarität ausdrücken.

**Amnesty International  
Schweiz  
Yazidi Project  
Speichergasse 33  
3001 Bern  
Schweiz**

KENIA

# FLÜCHTLINGE WERDEN IN DAS KRIEGSGESCHÜTTELTE SOMALIA ZURÜCKGESCHICKT

**Das Flüchtlingslager Dadaab – mit insgesamt 280.000 Flüchtlingen das größte der Welt – soll geschlossen werden.**

Nur zwei Wochen bevor das Flüchtlingslager Dadaab – mit insgesamt 280.000 Flüchtlingen das größte der Welt – geschlossen werden soll, sollen die Menschen, die dort wohnen, nach Somalia zurückgeschickt werden. Dort sind sie in Gefahr, im laufenden bewaffneten Konflikt verletzt oder getötet zu werden, sagte Amnesty International in einem kürzlich veröffentlichten Bericht „Nowhere else to go. Forced returns of

Somali refugees from Dadaab Refugee Camp“.

„Die Flüchtlinge sind zwischen Felsen und Steinen eingepfercht. Die Regierung in Kenia erpresst die Flüchtlinge mit einer kleinen finanziellen Unterstützung zu gehen“, berichtet Michelle Kagari, stellvertretende Direktorin von Amnesty International für Ostafrika.

„Das widerspricht den Zusicherungen der kenianischen Regierung gegenüber der internationalen Gemeinschaft,

dass alle Rückführungen von Flüchtlingen freiwillig passieren und in Sicherheit und Würde durchgeführt würden.“

Expert\*innen von Amnesty International hatten Dadaab im August besucht, sie haben 56 Einzelinterviews und weitere 35 Gruppeninterviews mit Flüchtlingen geführt. Unter den Befragten befanden sich zwei Brüder im Alter von 15 und 18 Jahren, die im Januar 2016 nach Somalia gegangen und vier Monate später nach Dadaab zurückgekehrt waren. Sie erzählten, dass ihr Vater vor ihren Augen getötet worden war und sie von der Al-Shabaab gewaltsam rekrutiert worden seien. Durch glückliche Umstände

konnten sie entkommen und ein zweites Mal nach Dadaab flüchten.

Gegenüber den Flüchtlingen werden die Gefahren, die in Somalia mit dem bewaffneten Konflikt verbunden sind, verharmlost. Das bestätigen die UN und NGOs, die den Rückkehrprozess von Dadaab nach Somalia erleichtern sollen. Neben den Gefahren durch den bürgerkriegsähnlichen Zustand seien auch Dienstleistungen wie Obdach, Gesundheit und Bildung knapp.

**ZUR RÜCKKEHR GEDRÄNGT.** Die meisten Flüchtlinge, die von Amnesty International interviewt worden waren, sagten, dass sie nur deshalb eine Rückkehr in Betracht ziehen würden, weil die kenianischen Regierungsbeamten sie bedroht hätten.

„Die kenianischen Behörden drängen uns, nach Somalia zurückzukehren. Sie kamen mit Mikrofonen und sagten: Du musst dich registrieren... Wenn du dich jetzt nicht registrierst, musst du mit deinen Babys auf dem Rücken zu Fuß gehen“, schildert Hadi, der 24 Jahre lang in Dadaab gelebt hat.

Unter denen, die besonders große Bedenken hinsichtlich der Rückkehr geäußert haben, sind Menschen mit Behinderungen und Angehörige von Minderheiten. Mouna, eine Mutter eines behinderten Kindes, sagt: „Es gibt keine Einrichtungen für Behinderte in Somalia. Als Flüchtlinge stehen wir auf der sozialen Leiter ganz unten. Mit Kindern mit Behinderungen werden wir noch einmal zurückgestellt, wenn es darum geht, Hilfe zu bekommen.“

Auch Amina, eine Frau, die mit ihrem sechsjährigen Sohn mit Albinismus lebt, hat starke Bedenken: „Ich möchte nicht zurück nach Somalia, weil die Leute in Somalia mit Albinismus nicht umgehen können. Er ist ein besonderes Kind, hier kann er gut leben. In Somalia hat er keinen Zugang zu der Creme, die er für seine Haut braucht.“



**Somalische Flüchtlinge warten auf das Flugzeug nach Mogadishu.**

## SIERRA LEONE

**SCHULVERBOT FÜR SCHWANGERE MÄDCHEN**

**Tausenden schwangeren Schülerinnen wird in Sierra Leone der Unterricht verweigert. Amnesty International setzt sich für ihr Recht auf Bildung ein.**

Die Regierung hatte Anfang April 2015 ein Schulverbot für schwangere Schülerinnen verhängt, da diese „schlechten Einfluss“ ausübten. Seitdem nahmen viele Lehrer\*innen demütigende körperliche Kontrollen vor.

Lehrer\*innen würden auf die Brüste und Bäuche drücken, um zu testen, ob sie schwanger seien, erzählte eine 18-Jährige Amnesty International. Einige Mädchen wurden zum Schwangerschaftstest gezwungen.

Zwar gibt es von Nichtregierungsorganisationen geförderten Ersatzunterricht für schwangere Schülerinnen, doch von staatlich anerkannten Prüfungen seien sie weiter ausgeschlossen.

Aufgrund eines Ebola-Ausbruchs, in dessen Folge laut der Weltgesundheitsorganisation mehr als 14.000 Menschen in Sierra Leone erkrankten, waren Mitte 2014 die Schulen für zehn Monate geschlossen worden, um das Infektionsrisiko zu mindern.

Während dieses Zeitraums gab es einen Anstieg an Schwangerschaften unter Jugendlichen. Viele davon sind ungewollt gewesen und das Resultat sexueller Gewalt.

Bereits vor dem Ausbruch der Ebola-Epidemie war die Schwangerschaftsrate unter Jugendlichen in Sierra Leone hoch. Im Jahr 2013 bestätigten offizielle Statistiken, dass 28 Prozent aller Mädchen im Alter von 15 bis 19 Jahren bereits Kinder zur Welt gebracht hatten oder schwanger waren.

Amnesty International setzt sich gemeinsam mit lokalen Organisationen seit mehr als einem Jahr für ein Ende des Schulverbots für schwangere Mädchen ein. Zumindest demütigende Schwangerschaftstests werden nicht mehr durchgeführt. Das Schulverbot ist weiter aufrecht.

**AMNESTY FORDERT**

◆ das diskriminierende und stigmatisierende Verbot aufzuheben, sodass schwangere Mäd-



Eine Schulklasse in Freetown

chen reguläre Schulen besuchen können und so das Recht auf Bildung und Gleichbehandlung gewährleistet wird

- ◆ die Rechte von schwangeren Mädchen in Sierra Leone besser zu schützen
- ◆ sexuelle Gewalt an Mädchen und Frauen in Sierra Leone zu bekämpfen
- ◆ Sexualkunde in den Lehrplan aller Schulen aufzunehmen
- ◆ Gesundheitsversorgung und die Aufklärung über sexuelle und reproduktive Rechte im Land voranzutreiben.

**WERDEN SIE AKTIV!**  
Senden Sie den Appellbrief  
an den Bildungsminister von  
Sierra Leone ab.  
Aktion bis März 2017

## ÖSTERREICH

# VERSCHIEDENE GESICHTER DER ARBEITSAUSBEUTUNG

**In Österreich sind vor allem Menschen aus Rumänien und Bulgarien von Ausbeutung als Hausangestellte, Erntehelfer\*innen oder auf dem Bau betroffen. Oft wissen sie selbst nicht, dass sie ausgebeutet werden.**

*Barbara Wagner, Juristin und Sprecherin des Amnesty-Netzwerks Frauenrechte*

In Österreich gibt es seit November 2004 eine Task Force zur Bekämpfung des Menschenhandels. In der Task Force arbeiten Ministerien, Bundesländer, Sozialpartner und NGOs zusammen. Es gibt drei Arbeitsgruppen: Kinderhandel, Prostitution und Arbeitsausbeutung. Am 21. 10. fand in der Hofburg eine Veranstaltung anlässlich des Tages der EU zur Bekämpfung des Menschenhandels statt. Ein Schwerpunkt dabei waren die „Verschiedenen Gesichter der Arbeitsausbeutung“.

90 Prozent des Menschenhandels findet in der Privatwirtschaft statt. Es kann in jedem Land oder an jeder Stelle in der Lieferkette (z. B.:

Produktion, Verkauf) passieren, dass es zur Arbeitsausbeutung kommt. Die Ausbeutung ist meist grenzüberschreitend.

In Österreich sind davon v.a. EU-Angehörige aus Rumänien und Bulgarien betroffen. Insbesondere bei Entsendungen etwa von Hausangestellten oder für Bauarbeiten kommt es zur Ausbeutung.

Arbeitgeber\*innen befinden sich in solchen Fällen in Rumänien oder Bulgarien, Arbeiter\*innen in Österreich. Die Arbeiter\*innen müssten gemäß österreichischem Recht bezahlt werden. Das ist oft nicht der Fall.

In Österreich finden in diesem Zusammenhang viele Kontrollen statt, es werden auch sehr viele Strafen verhängt. Das Problem besteht darin, dass die Arbeitge-

ber\*innen im Ausland sitzen und die Strafen schwer zu vollstrecken sind. Dazu müssen die Behörden in Bulgarien oder Rumänien eingeschaltet werden. Selbst wenn die Behörden dann tätig werden, nützt es oft nichts. Die Firmen gibt es plötzlich nicht mehr, sie werden aufgelöst.

**FEHLENDES BEWUSSTSEIN.** Dieses Thema ist der Öffentlichkeit in Österreich zu wenig bewusst. Die Sicht auf die Opfer ist falsch. Oft wird das entschuldigt nach dem Motto „Denen geht es noch besser als daheim.“. Bei dem Thema gibt es auch ein mangelndes Bewusstsein bei Staatsanwaltschaften und Gerichten. Es muss eine Bewusstseinssteigerung geben, was Arbeitsausbeutung ist und wie man sie erkennt. Hinweise sind kein oder ein extrem niedriger Lohn, extrem lange Arbeitszeiten und schlechte Unterkünfte.

Auch den Betroffenen ist nicht bewusst, dass sie ausgebeutet werden. Problematisch sind die Sprachbarrieren zwischen den Betroffenen und der Polizei. Wenn die Personen in ihrer Muttersprache befragt werden, trauen sie sich eher, die Wahrheit zu sagen.

Informationen erhalten die Betroffenen durch Mundpropaganda. So hören sie, dass andere Arbeiter\*innen mehr Geld erhalten. Sie wissen auch nicht, dass sie Anspruch auf Sonderzahlungen haben. Sie denken, diese stehen nur Österreicher\*innen zu. Im Rahmen eines Projekts wurden von der Gewerkschaft mehrsprachige Informationsbroschüren an Erntehelfer\*innen verteilt. 17.300 Personen sind in Land- und Forstwirtschaft tätig. Nach Austeilen der Broschüren kamen immer mehr Betroffene zur Gewerkschaft zur Beratung. Sobald Informationen zur Verfügung gestellt werden, kommt das Aha-Erlebnis. Man erkennt, dass man ausgebeutet wird. Betroffen sind auch Hausangestellte von Diplomaten.



*Möchten Sie per E-Mail monatlich über Frauenrechtsfälle, Berichte und Veranstaltungen des Netzwerks Frauenrechte informiert werden? Dann melden Sie sich für unseren Newsletter an. Schreiben Sie bitte an [frauenrechte@amnesty.at](mailto:frauenrechte@amnesty.at)*

Diese werden teilweise nicht ausreichend bezahlt. Hier muss es zu einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen kommen. Auch Selbständige sind betroffen. So gibt es in Restaurants selbständige Köch\*innen oder in Anwaltskanzleien selbständige Sekretär\*innen.

#### **Was kann getan werden, um die Situation zu verbessern?**

◆ Es werden mehr Kontrollorgane benötigt. Arbeitsinspektorate sollen mehr Personal bekommen, damit sich Leute schwerpunktmäßig auf bestimmte Themen konzentrieren können. Das Arbeitsinspektorat für Bauwesen erkennt Menschenhandel mittlerweile als solchen. Dieses Wissen sollte an Arbeitsinspektorate in anderen Branchen weitergegeben werden. Die Kontrollorgane benötigen jedenfalls eine bessere Ausbildung zu diesem Thema. Möglich wäre auch ein anderes Modell, bei dem es eine eigen-

ne Stelle gibt, die für Arbeitsinspektor\*innen und Menschenhandel zuständig ist.

- ◆ Wünschenswert wäre es, auch innerhalb der Staatsanwaltschaft eine Gruppe mit Schwerpunkt Menschenhandel einzurichten.
- ◆ Auch eine Zusammenarbeit zwischen einzelnen Ländern etwa auf Ebene der Arbeitsämter wäre sinnvoll.
- ◆ Die rechtlichen Rahmenbedingungen in den OSZE-Ländern sind zu vereinheitlichen. Die Betroffenen von Arbeitsausbeutung sind dabei mit einzubinden.
- ◆ Wichtig ist die Abschaffung von Vermittlungsentgelten, die die Arbeiter\*innen zahlen müssen, da diese sie verwundbar machen
- ◆ Der öffentliche Beschaffungsprozess ist zu nutzen, um den Kampf gegen Menschenhandel dort zu etablieren. Damit können Standards geschaffen werden, die dann auch in der Privatwirtschaft zur Anwendung kommen.

## **SCHWEIZ. INITIATIVE ZUR KONZERNVERANTWORTUNG EINGEREICHT**

Kinderarbeit auf Kakaoplantagen, unmenschliche Arbeitsbedingungen in Textilfabriken, Umweltverschmutzung beim Rohstoffabbau. Laut einer Studie der Universität Maastricht befindet sich die Schweiz unter den Top 10 der Länder, denen am meisten Menschenrechtsverletzungen durch Unternehmen vorgeworfen werden.

2015 hat eine große Koalition von rund 65 Schweizer Organisationen, der auch Amnesty Schweiz angehört, entschieden, die Konzernverantwortungsinitiative zu lancieren: In der Schweizer Verfassung soll eine Sorgfaltpflicht verankert werden, damit Schweizer Konzerne gesetzlich verpflichtet sind,

Menschenrechte und Umwelt überall auf der Welt zu respektieren.

**WAS DIE INITIATIVE FORDERT.** Ziel der Initiative ist es verbindliche Regeln für Konzerne zum Schutz von Mensch und Umwelt zu schaffen – auch bei Auslandstätigkeiten. Dadurch wird im wirtschaftlichen Wettbewerb auch mehr Fairness geschaffen. Denn ein großer Teil der Schweizer Unternehmen handelt schon heute vorbildlich und soll gegenüber skrupellosen Konkurrenten nicht länger benachteiligt bleiben.

Der Bundesrat betont, dass multinationale Unternehmen Menschenrechte

und Umweltstandards einhalten müssen, doch er setzt lediglich auf freiwillige Maßnahmen. Wie die Skandale der letzten Jahre beweisen, reicht Freiwilligkeit nicht aus.

Der Initiativtext sieht deshalb vor, dass für Unternehmen neu eine Sorgfaltpflicht eingeführt wird. Das bedeutet: Alle Konzerne müssen überprüfen, ob durch Tätigkeiten im Ausland Menschenrechte und Umweltstandards verletzt werden, entsprechend handeln und darüber berichten. Missachten die Konzerne ihre Sorgfaltpflicht, können sie in der Schweiz für ihre schädlichen Handlungen geklagt werden.

# DANKE ALLEN UNTERSTÜTZER\*INNEN!



## Forderungen aus der Kampagne #MENSCHENRECHTASYL im Bundeskanzleramt übergeben



Amnesty Österreich hat den Appell, den wir gemeinsam an Bundeskanzler Christian Kern gerichtet haben, im Bundeskanzleramt übergeben. Unsere Forderung nach bedingungslos menschenrechtlichen Standards im Umgang mit geflüchteten Menschen in Österreich ist angekommen. Jetzt liegt es an der Bundesregierung, menschenrechtskonforme Lösungen zu erarbeiten. „Menschen wie du und ich verlassen aus Furcht um ihr Leben oder das Leben ihrer Lieben die Heimat. Sie haben alles verloren. Wir Bewohner\*innen dieses schönen, sicheren Landes Österreich sind stolz darauf, ihnen mit Achtung und Respekt zu begegnen. Ihnen Schutz und eine menschenwürdige Bleibe zu gewähren ist uns selbstverständlich - denn das ist es, was uns

menschlich macht“, sagt Annemarie Schlack, Geschäftsführerin Amnesty International Österreich (im Bild vor dem BKA).

Bei der Kampagne #menschenrechtasyl haben wir uns gemeinsam mit unseren Unterstützer\*innen für menschenrechtskonforme Lösungen für geflüchtete Menschen eingesetzt.

Mehrere Tausend Appelle wurden zwischen April und August 2016 österreichweit unterschrieben und am 2. September am Karlsplatz präsentiert. Denn: Dass es Lösungen für die aktuellen Herausforderungen braucht, darin sind sich Regierung und Aktivist\*innen einig. Der Bundeskanzler, der Innenminister und der Außenminister waren eingeladen, die Appelle persönlich in Empfang zu nehmen. Aus Zeitgründen haben alle drei leider abge sagt.

„Verschärfungen in der Asylgesetzgebung sind keine Lösung. Jeder Mensch hat ein Recht auf Menschenrechte. Bleibt wachsam und unterstützt uns auch weiterhin!“, mahnt Sandra Lyke, Kampagnenleiterin.

**Danke allen, die sich für geflüchtete Menschen einsetzt haben. Wir werden uns weiterhin für sie stark machen!**

### ENGAGIEREN SIE SICH IN EINER AMNESTY GRUPPE!

Menschenrechtsverletzungen sind Ihnen nicht egal und Sie suchen Gleichgesinnte, die gemeinsam mit Ihnen dagegen etwas tun wollen? Sie haben gute Ideen, wie Sie Menschenrechte in Ihrer Umgebung zum Thema machen können, brauchen jedoch Mitstreiter\*innen? Gründen Sie selbst eine Amnesty-Gruppe.

Allgemeine Informationen zu Gruppen bei Amnesty International Österreich bekommen Sie bei Sophie Matysek unter 01-78008-24.

**Eine Liste aller Gruppen in Österreich finden Sie auf [amnesty.at/de/gruppen](http://amnesty.at/de/gruppen)**

Absender\*in:

---

---

---

---

Justizminister  
Bekir Bozdağ  
Justizministerium  
Adalet Bakanlığı  
06659 ANKARA  
TÜRKEI

Dear Minister,

Eren Keskin has been prosecuted over 100 times for speaking out against injustice.

I urge you to repeal laws that stifle people's right to freedom of expression.

Eren Keskin must not be jailed for speaking out for human rights.

Yours sincerely

Sehr geehrter Herr Minister,

ich fordere Sie dazu auf, Gesetze aufzuheben, die das Recht auf Meinungsfreiheit unterdrücken.

Menschenrechtsverteidiger\*innen wie Eren Keskin dürfen nicht eingesperrt werden, weil sie sich für Gerechtigkeit einsetzen.

Hochachtungsvoll,

Absender\*in:

---

---

---

---

Minister of Interior  
Carlos Basombrío  
Plaza 30 de Agosto s/n Urb. Corpac - San Isidro  
Lima  
PERU

Dear Minister Carlos Basombrío,

I urge you to protect Máxima Acuña and her family from violence and intimidation. I also ask that you promptly investigate the attacks that have already been carried out against her, bringing those responsible to justice.

Máxima, a peasant farmer in northern Peru, has braved violent harassment and intimidation from local police for refusing to leave the land where she lives with her family. She is in a legal battle with Yanacocha, one of the world's biggest gold and copper mines, over the ownership of the land. She believes the police's harassment is an attempt to drive her away from her home.

Please make sure the police do their job and protect her and her family.

Sincerely,

Sehr geehrter Herr Innenminister!

Ich fordere Sie auf, den umfassenden Schutz von Maxima Acuna und ihrer Familie gemäß ihren Wünschen zu gewährleisten, ihren Zugang zu ihrem Grundstück sicherzustellen und sie vor einer rechtswidrigen Zwangsrummung zu schützen; jedes gewaltsame Vorgehen sowie Einschüchterungen und Schikanen der Polizei gegen Maxima Acuna und ihre Familie zu unterbinden und alle gegen Maxima Acuna und ihre Familie gerichteten Schikanen und Angriffe umgehend, gründlich und unparteiisch zu untersuchen, die Ergebnisse zu veröffentlichen und die Tater\*innen zur Rechenschaft zu ziehen.

Hochachtungsvoll,

Absender\*in:

---

---

---

---

Ayatollah Sadegh Larijani  
Head of the Judiciary  
c/o Permanent Mission of the Islamic Republic of  
Iran to the United Nations  
Chemin du Petit-Saconnex 28  
1209 Genf  
Schweiz

Your Excellency,

I call on you to release Iranian Kurdish prisoner Zeynab Jalalian and immediately give her the treatment she needs.

I am concerned that Iran's authorities are denying her the specialized medical treatment she urgently needs for her eyes.

Arrested for her social and political activities in 2008, Zeynab Jalalian says she was tortured in custody. She is serving a life sentence imposed after grossly unfair proceedings for her supposed links to the military wing of a Kurdish opposition group, an allegation which has not been supported by any evidence.

Sincerely,

Exzellenz,

Ich bitte Sie, Zeynab Jalalian sofort die fachärztliche Behandlung außerhalb des Gefängnisses zu gewähren, die sie benötigt. Dazu gehört auch die erforderliche Augenoperation. Schützen Sie sie bitte zudem vor Folter und anderweitiger Misshandlung, wozu auch die Verweigerung einer angemessenen medizinischen Behandlung gehört.

Bitte kommen Sie den Forderungen der UN-Arbeitsgruppe für willkürliche Inhaftierungen nach und lassen Sie Zeynab Jalalian sofort frei und gewähren Sie ihr ein einklagbares Recht auf Entschädigung.

Bitte ordnen Sie unverzüglich eine unabhängige und unparteiische Untersuchung zu den von Zeynab Jalalian erhobenen Vorwürfen über Folter und anderweitige Misshandlung an. Stellen Sie alle Verantwortlichen, einschließlich solcher mit übergeordneter Verantwortung, in fairen Verfahren vor Gericht, in denen nicht auf die Todesstrafe zurückgegriffen werden kann.

Hochachtungsvoll,

Absender\*in:

---

---

---

---

Hon. Dr. Minkailu Bah  
Minister of Education, Science and  
Technology  
New England Ville  
Freetown  
SIERRA LEONE

Dear Minister,

I am writing to you to express my concerns about Sierra Leone government's policy banning visible pregnant girls to attend school and take exams, which are included in the latest Amnesty International publication, *Shamed and Blamed: Pregnant girls' rights at risk in Sierra Leone*.

Amnesty International considers this policy to be blatantly discriminatory and founded in — and reinforces — negative stereotypes about girls. In addition, it fails to take into account the high levels of sexual violence in Sierra Leone, and the increase in the number of abusive and exploitative relationships during the Ebola outbreak.

Amnesty International is calling the Sierra Leonean government to guarantee girls' human rights to non-discrimination and education by immediately lifting the ban on pregnant girls attending school and taking exams, if they wish to do so. Amnesty is also highlighting the urgency of issuing a directive to all schools prohibiting the checking or testing of girls for pregnancy to protect their rights to privacy, physical and mental integrity as well as their right to be free from inhuman and degrading treatment.

Finally, Amnesty International is also calling the for the development of a comprehensive Sexuality Education program as part of the curricula delivered in all schools and for an effective governmental action ensuring health care, including sexual and reproductive health care services.

Sincerely,

Sehr geehrter Herr Minister,

ich schreibe Ihnen, um meiner Sorge darüber Ausdruck zu verleihen, dass die Regierung in Sierra Leone sichtlich schwangeren Mädchen verbietet, reguläre Schulen zu besuchen und Prüfungen abzulegen. Diese Bedenken werden in der letzten Veröffentlichung von Amnesty International SHAMED AND BLAMED: Pregnant girls' rights at risk in Sierra Leone beschrieben.

Amnesty International fordert die Regierung in Sierra Leone auf, die Rechte von Mädchen auf Bildung und Gleichbehandlung unverzüglich zu gewährleisten, indem das Verbot für schwangere Mädchen, reguläre Schulen zu besuchen und Prüfungen abzulegen, aufgehoben wird. Außerdem weist die Organisation darauf hin, dass alle Schulen dringend angewiesen werden müssen, Schwangerschaftstests zu unterlassen, um das Recht der Mädchen auf Privatsphäre, körperliche und geistige Unversehrtheit und Schutz vor erniedrigender Behandlung sicherzustellen.

Amnesty International ruft außerdem die internationalen Partner Sierra Leones und die internationale Gemeinschaft dazu auf, die Regierung des Landes darin zu unterstützen, dass ihre politischen Maßnahmen internationalen rechtlichen Verpflichtungen entsprechen, wonach die Rechte schwangerer Mädchen vollständig gewahrt und geschützt werden müssen.

Hochachtungsvoll,

## GUTE NACHRICHT ERFOLGE FÜR FRAUENRECHTE

**DOMINIKANISCHE REPUBLIK: ENDLICH STAATSBÜRGERSCHAFT FÜR YOLANDAS FAMILIE.** Nach Jahren der Staatenlosigkeit ist es Yolanda Alcino endlich gelungen, die Geburt ihrer beiden Söhne registrieren zu lassen, wodurch sie nun ebenfalls offiziell anerkannte Staatsbürger der Dominikanischen Republik sind. Ende April 2015 hatte Yolanda von den dominikanischen Behörden ihre eigenen Ausweisdokumente erhalten, die ihr bis dahin aufgrund ihrer haitianischen Abstammung verweigert worden waren. Ohne offizielle Dokumente ist für viele Dominikaner\*innen mit haitianischen Wurzeln der Zugang zu grundlegenden Rechten und Dienstleistungen nicht gewährleistet. Sie sind Diskriminierung und Willkür ausgesetzt.

Aufgrund ihrer haitianischen Abstammung wurden Yolanda Alcino von 2007 bis 2015 ihre Ausweisdokumente von den dominikanischen Behörden vorenthalten. Die Situation spitzte sich im September 2013 für sie und viele andere Betroffene noch zu, als das dominikanische Verfassungsgericht anordnete, Menschen haitianischer Abstammung, die zwischen 1929 und 2007 geboren sind, nachträglich die dominikanische Staatsbürgerschaft zu entziehen, wodurch die Betroffenen staatenlos wurden.

**POLEN: ABSOLUTES VERBOT VON SCHWANGERSCHAFTSABBRUCH ABGELEHNT.** Am 6. Oktober stimmte das polnische Parlament mit großer Mehrheit gegen einen geplanten Gesetzentwurf zur Verschärfung der ohnehin schon strengen Abtreibungsgesetze. Amnesty International wertet dies als großen Erfolg für die Rechte von Frauen und Mädchen in Polen. „Frauen in Polen haben heute Geschichte geschrieben. Dies ist ein großer Erfolg für Millionen Frauen und Mädchen, die auf die Straße gegangen sind, ihrer Wut Ausdruck verliehen haben und damit erfolgreich ein Gesetz verhindert haben, das ihre Rechte mit Füßen getreten und ihre Gesundheit aufs Spiel gesetzt hätte“, so Gauri van Gulik, stellvertretende Leiterin des Europa-Programms von Amnesty International. „Indem sie sich für ihre Rechte stark ge-



macht haben, haben sie die normalerweise unnachgiebige polnische Regierung gezwungen, eine weitere Verschärfung der nationalen Abtreibungsgesetzgebung zu überdenken, die ohnehin bereits als eine der strengsten in ganz Europa gilt. Wir ziehen den Hut vor all den starken Frauen und Mädchen, die am Montag für ihre Rechte im Regen auf die Straße gegangen sind, ihre Stimme erhoben und gestreikt haben. Eine Frau, die einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen lassen muss, ist keine Kriminelle, und Entscheidungen über ihren Körper und ihre Gesundheit dürfen niemals in die Hände der Politik gelegt werden.“ Auch Amnesty International hatte sich gegen die Verschärfung ausgesprochen. Zahlreiche Aktivistinnen und Aktivisten der polnischen Amnesty-Sektion beteiligten sich an den Protesten.

**„Vielen Dank, Amnesty International, für eure Unterstützung. Ich bin unendlich dankbar für das, was ihr für mich und meine Familie getan habt. Ich hoffe, dass meine Kinder und ich keine ähnlichen Hindernisse mehr überwinden müssen.“**

*Yolanda Alcino*

**Polnische Frauen demonstrieren am 3. Oktober 2016 gegen die geplante Verschärfung der Gesetze zu Schwangerschaftsabbruch.**

© Amnesty International Polska



## USA. GIFTIGE RHETORIK DARF NICHT REGIERUNGSPOLITIK WERDEN

© Gage Skidmore / Wikimedia



In Reaktion auf die Wahl von Donald Trump zum 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten äußern sich der Generalsekretär von Amnesty International, Salil Shetty, und die Geschäftsführerin von Amnesty International USA, Margaret Huang, wie folgt:

„Der neugewählte Präsident hat mit seinen Äußerungen während des Wahlkampfes häufig große Bestürzung ausgelöst und die ernsthafte Sorge geschürt, ob die Vereinigten Staaten in Zukunft noch entschieden zu den Menschenrechten stehen. Er muss seine Wahlkampagne nun hinter sich lassen und sich zu den menschenrechtlichen Verpflichtungen der USA bekennen, sowohl zu Hause wie im Ausland“, sagte Salil Shetty, Generalsekretär von Amnesty International.

Margaret Huang, Geschäftsführerin von Amnesty International USA, sagte: „Auf

dem Weg zur Wahl wurden wir in den USA Zeugen von verstörender und zeitweise giftiger Rhetorik vom neugewählten Präsidenten Trump und anderen. Diese Rhetorik darf nicht zur Regierungspolitik werden. Die fremdenfeindlichen, sexistischen und hasserfüllten Bemerkungen Trumps haben keinen Platz in der Regierung.“

Der neugewählte Präsident Trump muss sich öffentlich für die Menschenrechte bekennen, die für alle ohne Unterschied gelten. Wir haben von Gefangenenlagern bis hin zur Anwendung der Folter gesehen, welche zerstörerischen Folgen es haben kann, wenn diejenigen, die wir als unsere Vertreter\*innen wählen, auf die Verpflichtungen der USA zum Schutz der Menschenrechte pfeifen. Alle, die heute gewählt wurden, vom Präsidenten bis zur Stadträtin, sollten sich an diese Lektion erinnern.“

## TÜRKEI. DRASTISCHES VORGEHEN GEGEN MEDIEN

Neun Journalist\*innen und Vorstandsmitglieder der oppositionellen türkischen Tageszeitung Cumhuriyet sind am 4. November in Untersuchungshaft genommen worden.

Damit beläuft sich die Zahl der seit dem Putschversuch am 15. Juli inhaftierten Medienschaffenden auf mindestens 112 Personen. Ihnen werden mittels konstruierter Anklagen terroristische Straftaten zur Last gelegt. Insgesamt 169 Medienbetriebe sind im selben Zeitraum per Regierungserlass geschlossen worden.

Die inhaftierten Journalist\*innen arbeiten für Medienbetriebe eines breiten oppositionellen Spektrums, von Publikationen mit Verbindungen zu Fethullah Gülen – einem in den USA lebenden Geistlichen, den die türkische Regierung bezichtigt, der Kopf des Putschversuches zu sein – bis hin zu säkularen, linken oder kurdischen Medien. Journalist\*in-

nen werden beschuldigt, Verbindungen zu der – wie sich die türkische Regierung ausdrückt – „terroristischen Organisation Fethullah Gülen“, der bewaffneten kurdischen Arbeiterpartei PKK oder beiden zu unterhalten.

Der mittlerweile in Deutschland lebende ehemalige „Cumhuriyet“-Chefredakteur Can Dündar ist wegen Enthüllungen zu Waffenlieferungen an syrische Rebellen bereits in Abwesenheit zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt worden. Auch gegen ihn wurde jetzt ein weiteres Verfahren wegen Unterstützung einer Terrororganisation eingeleitet.

Alle inhaftierten Journalist\*innen müssen umgehend aus der willkürlichen Untersuchungshaft entlassen und die gegen sie erhobenen Anklagen fallengelassen werden, sofern keine stichhaltigen Beweise dafür vorgelegt werden können, dass sie international anerkannte Straftaten begangen haben.



**Das Amnesty Netzwerk Frauenrechte dankt allen Freund\*innen und Unterstützer\*innen für ihre Treue und wünscht angenehme Feiertage und alles Gute für 2017.**

**Impressum und Verlegerin:** Eigenverlag: Amnesty International Österreich, Netzwerk Frauenrechte, 1150 Wien, Moeringgasse 10.

Redaktion: Amnesty-Netzwerk Frauenrechte, für den Inhalt verantwortlich: Theresia Kandler.

Gekennzeichnete Beiträge müssen nicht die Meinung von Amnesty International wiedergeben. Fotos, wenn nicht gekennzeichnet: Amnesty International

Amnesty Info - Netzwerk Frauenrechte, Nr. 4, Dezember 2016

GZ 02Z 031 256M, Verlagspostamt 1150 Wien, Aufgabepostamt 1072 Wien, P.b.b.